

Eintreten für eine offene Gesellschaft – mit Kultur und Kulturpolitik Demokratie stärken

Positionspapier des Deutschen Städtetages

Eintreten für eine offene Gesellschaft – mit Kultur und Kulturpolitik Demokratie stärken

**Positionspapier des Deutschen Städtetages – beschlossen
vom Präsidium am 20. Juni 2018 in Berlin**

Die politischen Entwicklungen in Deutschland und der Welt sind durch zunehmende extremistische Tendenzen gekennzeichnet, von neuen populistischen Bewegungen, steigendem Nationalismus und religiösem Fanatismus. Sie können das politische Klima und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und somit letztlich auch die Demokratie nachhaltig gefährden. Hintergrund dafür ist auch ein Kulturkonflikt, eine Auseinandersetzung um Werte, Haltungen und Einstellungen in der Gesellschaft. Der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges geltende Konsens zu den Werten einer westlichen, freien und demokratischen Welt wird zunehmend in Frage gestellt. Die Ursachen dafür sind vielfältig und resultieren aus politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Veränderungs- und Erosionsprozessen. Daher sind alle gesellschaftlichen Bereiche und Politikfelder angesprochen, wenn es um die Stärkung der demokratischen Werte in einer Gesellschaft geht.

Kunst und Kultur haben nicht nur eine ästhetische Dimension, sondern waren und sind darüber hinaus immer politisch. Sie haben der Gesellschaft mit ihren spezifischen Ausdrucksformen seit jeher den Spiegel vorgehalten und sich als Forum für die kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Veränderungen und Entwicklungen verstanden. Kunst und Kultur sind daher nicht nur geeignet, sondern geradezu gefordert, für Freiheit und Demokratie einzutreten. Kulturpolitik hat die Aufgabe, Kunst und Kultur (Frei-) Räume für Entfaltung zu geben bzw. zu verschaffen, künstlerisch wie auch politisch.

Die folgenden Thesen skizzieren den Beitrag von Kulturpolitik für die Stärkung demokratischer Werte und lokaler Demokratie.

I.

Die Kultureinrichtungen in der Stadt sind Orte der demokratischen Auseinandersetzung und des gesellschaftspolitischen Diskurses. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur politischen Willensbildung, zum demokratischen Konsens und zu einem friedlichen Zusammenleben.

In den Städten wird Demokratie vor Ort gelebt, durch Wahlen, direkte Beteiligungsformen und politischen Diskurs. Die Städte stellen sich der Herausforderung, diesen demokratischen Prozess immer wieder neu zu beleben und so Demokratie „von unten“ zu stärken. Der Deutsche Städtetag hat Ende 2013 Thesen zur Weiterentwicklung der lokalen Demokratie entwickelt und die gestiegene Bedeutung von Bürgerbeteiligung hervorgehoben.

Die Kultureinrichtungen in der Stadt leisten dazu einen essentiellen Beitrag. Theater, Bibliotheken, Museen, Archive, soziokulturelle Zentren und weitere kulturelle Bildungseinrichtungen sind interkulturelle Orte der Begegnung, des Austauschs und der kulturpolitischen Auseinandersetzung mit aktuellen gesellschaftspolitischen Fragen. Mit ihren Angeboten greifen sie gesellschaftspolitisch relevante Themen auf, setzen sich künstlerisch damit auseinander und entwickeln Formate für Auseinandersetzung und Diskurs, so z.B. Theaterproduktionen, Performances, Ausstellungskonzepte und Diskussionsveranstaltungen.

II.

Kommunale Kulturpolitik unterstützt den demokratischen Diskurs in der Stadt und trägt so zu einer lebendigen Zivilgesellschaft als Basis für die demokratische Grundordnung bei.

Ob Demokratie und Weltoffenheit gelebt werden, zeigt sich vor Ort. Dazu gehört eine lebendige Zivilgesellschaft als Basis für unsere demokratische Grundordnung. Die Zivilgesellschaft zu stärken und zu unterstützen, ist eine wichtige Aufgabe der Städte. Die Kulturpolitik ist dafür ein besonders geeignetes Instrument. Sie trägt nicht nur die öffentliche kulturelle Infrastruktur, sondern unterstützt auch die freie Kultur, fördert Partnerschaften mit zivilgesellschaftlichen Institutionen und Organisationen und aktiviert bürgerschaftliches Engagement in der Kultur. In diesem Sinne gilt: Kultur in der Stadt ist mehr als Kultur von der Stadt.

III.

Die Kunstfreiheit ist gerade in einer Zeit zunehmender autoritärer, nationalistischer und populistischer Bestrebungen ein hohes Gut, das es zu schützen gilt.

Die Städte fördern und unterstützen aktiv die Kunstfreiheit einschließlich der politischen Ausdrucksformen von Kunst und Kultur, die weit über die Stadtgrenzen hinaus wirken können. Kunst und Kultur beziehen Stellung zu aktuellen politischen Entwicklungen und wirken als Gegenspieler extremistischer und repressiver Tendenzen. Die Freiheit der Kunst zu schützen, ist elementarer Bestandteil der demokratischen Grundordnung.

Die Förderung des gesellschaftlichen Diskurses und der Freiheit von Kunst und Kultur ist gerade auf der kommunalen Ebene von besonderer Relevanz. Kunst und Kultur sind seit jeher international. Einer Verengung des Kulturbegriffes durch die Diskreditierung interkultureller Angebote sowie einer davon geleiteten öffentlichen Kulturförderung muss seitens der städtischen Kulturpolitik entschieden entgegen getreten werden. Die Kulturpolitik der Städte unterstützt darüber hinaus Künstlerinnen und Künstler aus anderen Ländern, die in ihren Heimatstaaten verfolgt werden oder nicht mehr ungehindert arbeiten können. Der Blick über die Grenzen hinaus erscheint wichtig, um zu verhindern, dass staatliche Eingriffe in die Kunstfreiheit gesellschaftsfähig werden und es zu einem Erosionsprozess der Kunstfreiheit kommt.

IV.

Die deutschen Städte sind weltoffen, aber auch Heimat für alle Menschen, die in ihnen leben. Sie bieten Raum für interkulturelle Begegnung und den Austausch verschiedener Kulturen. Kulturpolitik kann hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.

Die deutschen Städte sind seit jeher weltoffen. Alle Menschen, die in einer Stadt leben, sind Mitglieder der Stadtgesellschaft. Sie brauchen Identität und Zugehörigkeit, ungeachtet von Herkunft, Hautfarbe, Religion oder sexueller Identität. Der Respekt vor der Würde des Einzelnen steht im Mittelpunkt ihres Handelns. Sie wenden sich gegen alle Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie z.B. Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und bieten den Raum für die Begegnung und den Austausch verschiedener Kulturen auf Augenhöhe. Dabei achten sie die Bedürfnisse der Menschen nach Zugehörigkeit und Identität.

Kulturelle Angebote und Aktivitäten können einen wirksamen Beitrag dazu leisten, dass alle Menschen in ihrer Stadt eine Heimat finden und sich zugehörig fühlen, ohne andere auszugrenzen. Kunst und Kultur können mit kreativen Ansätzen dazu beitragen, populistischen

Parolen und religiösem Fanatismus eine wertebasierte und gemeinsam getragene Identität entgegenzusetzen. Die Städte unterstützen diesen Prozess z.B. mit Angeboten des interkulturellen Austausches.

Die Städte stellen sich der Herausforderung der Integration geflüchteter Menschen. Integration findet vor Ort statt, in den Kitas, in den Schulen, am Arbeitsplatz. Sie ist jedoch auch eine kulturelle Aufgabe. Integration gelingt letztlich dann, wenn die Kulturen miteinander verbunden sind, sich gegenseitig bereichern und eine gemeinsame Basis entsteht. Unabdingbar ist dabei ein wertschätzendes Miteinander, Offenheit und Durchlässigkeit und die Achtung demokratischer Grundwerte.

Die deutschen Städte bekennen sich ausdrücklich zu einer Europäischen Union, die Frieden, Freiheit, Wohlstand und Demokratie garantiert. Der Hauptausschuss des Deutschen Städtetages hat dies am 16.11.2017 in einer Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union zum Ausdruck gebracht. Die Städte begrüßen und unterstützen die neuen kulturellen und politischen Bewegungen, die sich für ein geeintes Europa und eine offene Gesellschaft stark machen und bieten die vor Ort erforderlichen Bewegungs- und Aktionsräume dafür an. Sie engagieren sich aktiv in gemeinsamen kulturellen Aktivitäten wie z.B. dem Europäischen Kulturerbejahr 2018.

V.

Die Städte stellen sich den Herausforderungen der Globalisierung mit ihren komplexen Auswirkungen für Individuum und Gesellschaft. Kultureller und politischer Bildung kommt dabei eine zentrale Bedeutung zu.

Die zunehmende Globalisierung hat komplexe Auswirkungen für das Individuum und die Gesellschaft. Neben den Vorteilen von internationalen Austauschprozessen in vielen Bereichen birgt die Globalisierung auch die Gefahr für eine wachsende soziale und kulturelle Spaltung der Gesellschaft. Die Arbeitswelt verändert sich schnell und grundlegend, und viele Menschen empfinden durch die zunehmende Internationalisierung auch kulturell einen Verlust der eigenen Identität. Durch die hohe Komplexität und Geschwindigkeit des Wandels erscheinen viele ökonomische und gesellschaftliche Prozesse unüberschaubar.

Die Städte setzen sich dafür ein, die Chancen der Globalisierung nutzbar machen, die Risiken zu benennen und mögliche negative Folgen soweit wie möglich zu begrenzen. Dafür fördern sie kulturelle und politische Bildung durch eigene Bildungs- und Kultureinrichtungen, die Zusammenarbeit mit den Schulen sowie vielfältige Angebote und Initiativen vor Ort. Aufgabe der kulturellen und politischen Bildung ist, die gesellschaftlichen Transformationsprozesse zu begleiten und Wege aufzuzeigen, wie unabhängig von gegensätzlichen Kulturverständnissen eine gemeinsame Identität auf der Grundlage der Werteordnung des Grundgesetzes entwickelt und gelebt werden kann.

Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages zum vorliegenden Positionspapier

Positionspapier „Eintreten für eine offene Gesellschaft – mit Kultur und Kulturpolitik Demokratie stärken“

1. Das Präsidium des Deutschen Städtetages beobachtet mit Sorge eine Zunahme politisch oder religiös motivierter extremistischer Tendenzen in Deutschland und Europa, die Weltoffenheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährden. Es ist eine gemeinsame Aufgabe aller gesellschaftlichen Kräfte, diesen Entwicklungen entgegenzutreten. Kunst und Kultur können als Spiegel der Gesellschaft und Forum der gesellschaftlichen Auseinandersetzung hierzu einen wichtigen Beitrag leisten.
2. Kunst und Kultur haben nicht nur eine künstlerisch-ästhetische Dimension, sondern sind seit jeher immer auch politisch. Kulturpolitik hat die Aufgabe, (Frei-)Räume und Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen und zu erhalten. Das Präsidium wendet sich nachdrücklich gegen alle Bestrebungen, Kunst und Kultur für politische Zwecke jedweder Couleur zu instrumentalisieren. Die Kunstfreiheit dokumentiert den Wert einer freien, offenen und pluralen Gesellschaft, in der eine Vielfalt von Interessen, Lebensstilen und Ausdrucksformen ihren Platz findet.
3. Das Präsidium des Deutschen Städtetages nimmt das Positionspapier „Eintreten für eine offene Gesellschaft - Mit Kultur und Kulturpolitik Demokratie stärken“ zustimmend zur Kenntnis.

Herausgeber
Deutscher Städtetag

Erarbeitet vom
Kulturausschuss des Deutschen Städtetages

Ansprechpartner/in in der Hauptgeschäftsstelle
Beigeordneter Klaus Hebborn, E-Mail: klaus.hebborn@staedtetag.de
Hauptreferentin Christina Stausberg, E-Mail: christina.stausberg@staedtetag.de

ISBN 978-3-88082-320-4

© Deutscher Städtetag Berlin und Köln, Juni 2018